Nr. 101 XXVIII. Jahrgang — Sonnabend, 17. April 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13538, 13597, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2050. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis: Grundgebühr, 22 mm breit, M. 1.80, für das Ausland M. 2.—, Reklamezeile, 81 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Nachlaß 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreis: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 30 Pf.

Finanzielle Blutleere

Bei der Beratung des Nachtragsetats im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung hat Erzbergers Amtsnachfolger und Parteifreund Dr. Wirth einen erschütternden Ueberblick über den Stand unsres Reichsbudgets gegeben. Die Zahlen des Ministers gingen bei jeder Position in die Milliarden. Bei dem 19-Milliarden-Defizit der Eisenbahn kommen noch die Mittel zur Verbilligung von Lebensmitteln, zur Einlösung unsrer gegen die Entente bestehenden Verpflichtungen, ganz abgesehen von der Liquidierung der Streikkassenforderungen. Die deutsche Schuldenlast beläuft sich nach alledem bisher auf insgesamt 197 Milliarden Mark.

Der Reichsfinanzminister hat, wie es in seinem Ressort so üblich ist, das fürchterliche Zahlenmaterial in nüchterner Sachlichkeit vorgetragen. Eine Art feuilletonistischer Illustrierung dieser Ausführungen hat dann Noske, zum erstenmal wieder als Abgeordneter, gegeben. Er bemühte sich, Klarheit darüber zu verschaffen, was das Reich zu tragen in der Lage ist. Mit scharfen und zutreffenden Worten geißelte er den Taumel und die gewollte Ahnungslosigkeit eines Teiles unsres Volkes. In der Tat muß irgendwie ein Anfang mit der Abkürzung der unerträglichen Lasten gemacht werden, und zwar muß sie von innen heraus erfolgen. Wenn wir nicht rettungslos in dem Schuldensumpf versinken wollen, wird es nötig sein, einen Teil des Heroismus, der Entbehrung, der die Kriegsleiden der Heimat kennzeichnete, jetzt wieder aufzubringen. Das mag unendlich viel schwerer sein als zu einer Zeit, da in den breiten Schichten gedarbt werden mußte, weil nichts da war. Heute ist Deutschland aber mit Luxusartikeln und Delikatessen wie in den besten Vorkriegsjahren überschwemmt. Diese Welle muß beträchtlich eingedämmt werden, soll unsre passive Handelsbilanz nicht in einen hoffnungslosen Gegensatz zu unsrer Produktionsfähigkeit geraten, die allein das Volksvermögen zur Gesundung bringen kann. Freilich gehört dazu die einfache Hilfe unsrer Gegner durch eine großzügige Weltfinanzaktion, sonst ist alle Mühe und jeder Heroismus umsonst.

*

Finanzminister Dr. Wirth wies bei den Beratungen über den Nachtragsetat darauf hin, daß wir vor einer neuen Quelle von Lohnsteigerungen ständen. In den letzten Tagen seien Verhandlungen mit den Eisenbahnergewerkschaften eingeleitet worden, da von den Eisenbahnern neue, sehr weitgehende Forderungen erhoben worden seien. Diese neuen Lohnforderungen fallen vom 1. April zu Lasten des Reiches, das Budget würde dadurch um nicht weniger als zwei Milliarden Mark belastet werden. Der Minister betonte weiter, daß er dem ersten Budget der Reichseisenbahnen mit großer Sorge entgegensehe. Man hatte gehofft, daß sich das Defizit auf etwa 7 Milliarden Mark würde beschränken lassen, es zeige sich indessen, daß man einschließlich der erwähnten zwei Milliarden Mark für erhöhte Löhne mit einem

Defizit von 12 Milliarden Mark

werde rechnen müssen. Auch die Reichspostverwaltung werde trotz der neuen Gebührenordnung ein Defizit von etwa 900 Millionen Mark ergeben. Im allgemeinen sei zu bedenken, daß es auf die Dauer kaum möglich sein werde, die Löhne zu erhöhen, ohne auch der Frage einer Erhöhung der Grundgehälter der Beamten näherzutreten.

Abg. Noske (Soz.) verwies auf die unbedingte Notwendigkeit, Klarheit über die Finanzlage des Reiches zu schaffen, denn es müsse festgestellt werden, was das Reich noch zu tragen in der Lage sei. Ein großer Teil des Volkes lebe heute noch gewissermaßen in einem Taumel und mache sich

von unsrer wahren Lage keine Vorstellung.

Die vom Finanzminister gemachten Mitteilungen müßten jeden fassungslos machen, der bedenkt, was aus unserm Lande innerhalb Jahresfrist werden solle. Mit 12 Milliarden Defizit bei der Reichseisenbahn könne sich nur der abfinden, der leichtsinnig in den Tag hineinlebe. Noske bezeichnete weiterhin eine gegenwärtige wesentliche Aenderung der Besoldungsordnung als undiskutabel. Jeder Tag bringe uns neue Forderungen der Entente. Dem Volke müsse es endlich klar werden, daß wir bettelarm geworden seien und daß keine Möglichkeit bestehe, den Verbrauch mit der Zeit vor dem Kriege in Einklang zu bringen, daß die Lebenshaltung aufs bescheidenste Maß eingestellt werden müsse. Jeder, der jetzt für große Ausgaben eintrete, müsse wissen, daß ein finanzieller Zusammenbruch nur bei äußerster Einschränkung zu vermeiden sei.

Finanzminister Dr. Wirth teilte mit, daß demnächst ein

neuer Kredit von 8 Milliarden zur Verbilligung von Lebensmitteln

für die Dauer bis Ende Juni gefordert werden würde. Der Minister hob weiter die gewaltigen Forderungen der Entente an das Deutsche Reich hervor und erwähnte die Tatsache, daß von den Gewerkschaften Forderungen zur Bezahlung der Streiktage erhoben würden, was wiederum Milliarden erfordern würde. Wenn wir nicht in der Lage seien, Finanzpolitik mit Wirtschaftspolitik in Einklang zu bringen, dann sehe er keine Rettung. Am 31. März dieses Jahres betrugen unsre fundierten Schulden 92 Milliarden Mark, die schwebenden Schulden 105 Milliarden, zusammen also 197 Milliarden Mark. Dabei sei zu berücksichtigen, daß in nächster Zeit die schwebenden Schulden weiter stark anwachsen würden. Der Finanzminister äußerte sich sodann noch zur Frage der Tariferhöhung der Eisenbahnen. Wir seien an dem Punkt angelangt, wo eine weitere Erhöhung der Eisenbahntarife vielleicht eine Mindereinnahme für das Reich bedeutet, wo der Verkehr sich gewissermaßen selbst auffresse. Zu erwägen werde dagegen sein eine Erhöhung der Kohlensteuer, deren Umfang von der wirtschaftlichen Lage und von dem Stand der Währung abhängen müsse.

Nach Abschluß der allgemeinen Aussprache wurde der Nachtragsetat dem Auswärtigen Amt bewilligt, für den Abg. Dr. Pachnicke Berichterstatter war. Für die Förderung des Nachrichtenwesens im Inlande wurden 2 Millionen Mark bewilligt.

Französische Stimmungsmache in Holland

Aus dem Haag wird uns geschrieben:

Die französische Propaganda in Holland beginnt jetzt mit Aufklärungsversuchen, sie will holländischen Kreisen den Beweis liefern, man habe es im Ruhrgebiet mit „armen, unbewaffneten Leuten zu tun, die keineswegs kommunistische Ideen vertreten, sondern es stieß auf einen verzweifelten Widerstand gegen die norddeutschen Militaristen abgesehen haben". Die aus französischen Regierungsquellen kommenden Berichte werden teils vom Haag aus lanciert, teils gelangen sie durch Pariser Korrespondenten in die Presse. Voran steht in diesen Meldungen der „Telegraaf", aber auch streng unabhängigen Blättern, wie dem „Rotterd. Nieuwe Courant", werden solche Mitteilungen aus Paris geliefert. Das Schönste ist, daß gerade das zweitgenannte Blatt im Industriegebiet eine Anzahl von Berichterstattern unterhält, die ein auf Tatsachen basierendes Nachrichtenmaterial liefern, aus dem sich die Unwahrheit der französischen Tendenzmeldungen ergibt.

Der Pariser Korrespondent dieses Blattes schreibt unterm 9. April: „Im Industriegebiete gibt es keine Bolschewisten, sondern Demokraten, die sich gegen die militaristische Reaktion in Deutschland erheben. Waffen und Munition besitzen sie nicht. Sie zerstören die Zechen nicht, dagegen wird die Kohlenzufuhr nach Frankreich überall dort unterbrochen, wo die Reichspolizeitruppen erscheinen. Solange im deutschen Auswärtigen Amte die alten Beamten sitzen, kann man Deutschland nicht vertrauen." ... Und dann folgt die Anklage, die deutsche Regierung führe eine doppelzüngige Sprache. Demgegenüber sehen die Berichte des „N. Rott. C." aus Münster, Essen, Duisburg, Elberfeld usw. anders aus. Sie liefern ein wahres Bild der Lage, durch das die französische Propaganda in Holland als Pariser Machwerk erkannt und dementsprechend beurteilt wird.

Da es der französischen Regierung nicht gelungen ist, mittels unzutreffender Schilderungen der Situation im Ruhrgebiete hier einen Umschwung in der öffentlichen Meinung zugunsten Frankreichs zu erreichen, die Billigung der Besetzungen herbeizuführen, so streut sie wieder die Legende von der „deutschen Lüge" aus, bezichtigt deutsche Regierungspersonen, u. a. den Reichskanzler, v. Haniel und Göppert, der „Heuchelei und Unwahrhaftigkeit". Begreiflicherweise lassen die meisten holländischen Zeitungen diese Pariser Mitteilungen ohne Kommentar. Man scheint übrigens in Paris sehr genau zu wissen, welchen niederschmetternden Eindruck die Nachricht auf holländische Franzosenfreunde machte, daß farbige Truppen in Frankfurt als Besatzung verwendet werden. Täglich sendet der französische Nachrichtendienst „beruhigende Informationen" über das „korrekte Auftreten unsrer braven Kolonialtruppen" in den als Garantie gegen die deutsche Reaktion okkupierten Gebiete. „Die blutigen Zusammenstöße in Frankfurt" kennen die Pariser Meldungen überhaupt nicht, doch es scheint, daß die im französischen auswärtigen Amte tätigen Stimmungsmacher die Schwierigkeit ihrer Aufgabe kennen. Sie wissen offenbar, wie schlecht die gesamte englische Presse (mitinbegriffen „Daily Mail") auf die Entsendung der Farbigen nach Frankfurt zu sprechen ist.

In Holland nützt also die Propaganda nichts. Man zitiert hier die vernichtenden Urteile der Londoner Zeitungen und heftige Anklagen Morels im „Daily Herald". Was Morel über die „Korrektheit" der farbigen Franzosen erzählt, ist ja zur Genüge bekannt, gewinnt aber einen Aktualitätswert. Erwähnt sei, daß ein halbamtlicher Pariser Bericht die Verwendung der Kolonialtruppen damit begründet, daß dies die „zuverlässigsten" Soldaten seien.

*

Was Belgien in Frankfurt sucht

„Journal de Bruxelles" gibt, wie das Wolff-Bureau meldet, unumwunden zu, daß die belgische Regierung Hintergedanken hatte, als sie ein Bataillon nach Frankfurt entsandte. Das Blatt erklärt, eine der Folgen des Dienstes, den Belgien Frankreich leiste, sei die, daß die Lösung der belgisch-französischen Frage der luxemburgischen Eisenbahnen beschleunigt werde. Jedenfalls scheine Belgien die große Genugtuung zu haben, daß wenigstens vorerst Delegierte für diese Verhandlungen ernannt worden. Im übrigen wehrt sich das Blatt dagegen, daß die „Libre Belgique" annehmen konnte, die englische Regierung könne Belgien seinen Schritt verübeln. Die belgische Regierung hätte übrigens schon beschlossen, bevor der Streit zwischen England und Frankreich bekanntgeworden sei, Frankreich beizuspringen. — „Journal de Bruxelles" führt weiter aus, es bestehe keine Befürchtung, daß die englische Regierung Belgien weitere Kredite verweigern werde wegen der Beteiligung belgischer Soldaten an der Besetzung Frankfurts. Die englische Regierung habe schon lange erklärt, daß sie über den 1918 bewilligten Kredit von 9 000 000 Pfund Sterling nicht hinausgehen könne. Lediglich mit Privatbanken verhandle die belgische Regierung noch. Es könne also die Befürchtung nicht aufrechterhalten werden, daß die Beteiligung an der Besetzung irgend etwas mit der Ablehnung zu tun habe.

*

Die Beratungen der Entente

Wie das „Echo de Paris" erfährt, wird auch der italienische Botschafter der heutigen Sitzung der Botschafterkonferenz wieder beiwohnen. Diese wird sich heute nachmittag mit der Volksabstimmung in Marienwerder und mit der Frage der Ausführung der maritimen Klauseln des Friedensvertrages beschäftigen.

* **Lugano**, 16. April. Dem „Corriere" zufolge wird der italienische Schatzminister auf der Konferenz in San Remo die wirtschaftliche Kommission über Devisenprobleme, über Kohlen- und Rohstoffversorgung leiten. In dem Programm sind neue Aenderungen eingetreten. Die belgischen Vertreter werden aller Voraussicht nach nicht erscheinen, dafür aber die Südslawen. Auch wird des weiteren eine türkische Abordnung erwartet. Die Frage der Revision des Versailler Friedensvertrages wird wohl den Hauptgegenstand der Sitzungen bilden.

Begünstigung des Aufkaufs durch Franzosen

w. **Frankfurt a. M.**, 16. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Franzosen hatten bisher den nördlichen Teil des Hauptbahnhofs abgesperrt, so daß eine Anzahl Straßenbahnlinien umgelegt werden mußte. Sie hatten eine mit Tanks und Panzerautos und starken Wachen besetzte Demarkationslinie gezogen, die nicht überschritten werden durfte. Gestern haben sie diese Absperrung aufgehoben und die Autos und Tanks zurückgezogen. Am ersten Tage ihres Einzuges hatten sie eine Verordnung erlassen, die den Kaufleuten verbot, den Besatzungstruppen höhere Preise zu berechnen. Diese Verordnung ist ergänzt worden und lautet: „Es ist jedem Kaufmann, Industriellen, Händler und überhaupt jeder Person, die öffentlich verkauft, verboten, von Angehörigen der Besatzungstruppen und den verbündeten Staatsangehörigen höhere Preise als diejenigen zu verlangen, die normalerweise von dem deutschen Publikum bezahlt werden." Diese Verordnung ist von weittragender Bedeutung, da dadurch die üblichen Valutazuschläge unterbunden sind und dem Aufkauf, der ja im besetzten Gebiet üblich ist, Vorschub geleistet wird. Verstöße gegen die Verordnung werden mit hohen Geldstrafen belegt.

*

Millerand gegen jede Revision

* **Genf**, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) „Echo de Paris" zufolge teilte Millerand in einer Erwiderung auf die Anfrage Delaisis mit, daß tatsächlich bei den Alliierten Bestrebungen im Gange seien, die eine Suspendierung gewisser Bedingungen des Versailler Vertrages zum Ziele hätten. Die Besprechungen, die über erste Anregungen nicht hinausgegangen seien, könnten nur die unbedingte Ablehnung Frankreichs erfahren.

*

Wiederaufbau durch Privatfirmen?

* **München**, 16. April. Wie zuverlässig verlautet, bereitet Frankreich eine neue schwere wirtschaftliche Schädigung Deutschlands vor. Frankreich beabsichtigt nämlich, die Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten möglichst auf privatem Wege zu vergeben. Zu diesem Zwecke sind bereits französische Agenturen in Köln und Wiesbaden errichtet worden. Die Reichsregierung hat dagegen protestiert und bereits entsprechende Maßnahmen getroffen.

*

Für internationale Regelung der Finanzfrage

Aus Paris meldet das Wolff-Bureau: Der vormalige Senatspräsident Dubost sagte bei Begründung einer Interpellation über die Finanzpolitik u. a., daß Frankreich sich bei Deckung seiner finanziellen Verpflichtungen auf Steuer und Anleihen nicht mehr verlassen dürfe und daher nach neuen Einnahmequellen suchen müsse. Nach seiner Ansicht hätte man für die Liquidation aller Kriegsschäden einen internationalen Kredit schaffen sollen. Der Hauptirrtum des Friedensvertrages sei, daß man nicht begriffen habe, daß die Zukunft der Welt von der Regelung der finanziellen Fragen abhänge und daß diese nur eine internationale Regelung finden könnten. Es sei vielleicht noch Zeit, die begangenen Fehler wieder gutzumachen.

Sühneforderungen der oberschlesischen Arbeiterschaft

+ **Berlin**, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Die oberschlesische Arbeiterschaft hat die Ermordung des Gütervorstehers Placek durch einen französischen Soldaten zum Anlaß genommen, bei der Volksabstimmungskommission eine Reihe von Sühneforderungen zu stellen, obenan die Verpflichtung zur Zahlung einer Entschädigung an die Familie des Ermordeten im Betrage von 100000 M. in Gold. Ferner wird verlangt eine angemessene Entschädigung der Verletzten, Verbot des außerdienstlichen Waffentragens der französischen Soldaten, Bestrafung des Täters. Bei Nichterfüllung dieser Forderungen wird der Generalstreik der gesamten Arbeiterschaft angekündigt. Die Bestrafung des Täters wurde von der Kommission zugesagt. — Zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und französischen Soldaten, wobei auch Franzosen verletzt wurden, kam es nach Schluß der Versammlung, in der die obengenannten Forderungen beschlossen wurden.

*

Verhaftung des Mörders

Der „Schlesischen Zeitung" zufolge ist als Urheber der Bluttat auf den Gütervorsteher Placek in Oppeln der Alpenjäger Aules Pasenti verhaftet worden. Als Grund zur Tat gibt er an, daß seine Eltern in Frankreich von den Deutschen erschossen worden seien, und daß er dafür Rache genommen habe.

*

Protestversammlungen der Arbeiter und Angestellten

Der „Oberschlesische Wanderer" meldet: Unter dem Drucke ihrer Anhängerschaft sah sich die Organisationsleitung der Arbeiter und Angestellten aller Richtungen genötigt, für Sonntag in allen größeren Städten Oberschlesiens große gemeinsame Protestkundgebungen gegen die Anordnungen der Interalliierten Kommission zu veranstalten. Der polnische Zentralverband sagte die Beteiligung zu. Die Teilnahme der polnischen Berufsvereinigung steht noch nicht fest.

Der deutsche Geschäftsträger für Polen

* **Berlin**, 16. April. Graf Oberndorf ist, der „Voss. Ztg." zufolge, nunmehr endgültig zum deutschen Geschäftsträger in Warschau ernannt worden. Das Einverständnis der polnischen Regierung soll bereits vorliegen.

Die Wahlen in Danzig

Wie das Reutersche Bureau aus London meldet, hat der Sekretär des Völkerbundes dem britischen Oberkommissar in Danzig mitgeteilt, daß die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung der Freistadt Danzig am 16. Mai stattzufinden haben.

Polnischer Sieg in Podolien

cp **Paris**, 16. April. (Eig. Drahtbericht.) Aus Warschau wird dem „Temps" gemeldet, daß die viertägige Schlacht in Podolien mit einem Siege der polnischen Truppen endete. Die 41. Division der Sowjettruppen wurde zur Flucht gezwungen, 4 Geschütze, 21 Maschinengewehre und viel Kriegsmaterial fielen in die Hand der Sieger.

Wohin der Blick?

Zu Renners Romfahrt

Von unserm Id.-Mitarbeiter

Wien, 13. April.

Der Kanzler kommt von seiner Romfahrt heim. Die Reise war eigentlich für Ende April angesetzt, wurde jedoch über ausdrücklichen Wunsch der italienischen Regierung schon jetzt angetreten. Es hieß, Italien möchte mit Oesterreich in manchen Beziehungen ins reine kommen, bevor in San Remo die Ministerpräsidenten der Weststaaten ihre Beratungen abhalten. Das war jedoch wohl nur ein Vorwand. Der eigentliche Grund der „dringlichen Einladung" zur Romreise des Kanzlers war ein andrer. Dr. Renner hatte kein Hehl daraus gemacht, daß er, wie früher nach Prag, so jetzt nach Belgrad zu reisen gedenke, um auch mit dem S.-H.-S.-Nachbarstaate zu verhandeln und gewisse wirtschaftliche, wahrscheinlich auch politische Vereinbarungen zu treffen. Denn in Prag — das liegt jetzt klar zutage — hat man nicht nur über Kohle und Zucker, sondern auch wesentlich über Politik gesprochen. Man ist, wie aus einer Aeußerung des Prager Außenministers hervorgeht, dort übereingekommen, daß Wien und Prag sich in ihren Regierungsgeschäften wechselseitig unterstützen, insbesondere gemeinsam gegen etwaige monarchistische Anschläge, die vielleicht von Ungarn aus geplant würden, sich zur Wehr setzen.

Auch in Südslawien kommen nicht nur wirtschaftliche Belange in Betracht. Auch dieser Nachbarstaat Oesterreichs, obgleich selber ein Königreich, würde eine monarchistische Restauration in Oesterreich, insbesondere eine Wiederkehr der Habsburger, sehr ungern sehen, und in diesem Punkte trifft die Belgrader Politik mit der Prager und Wiener Regierungspolitik zusammen. Das gibt Berührungspunkte, die Italien, solange es mit Südslawien wegen Fiume und den andern Adriafragen sich nicht verständigt hat, keineswegs willkommen sein können, und darum hat man sich in Rom bemüht, vor der Reise Renners nach Belgrad den Kanzler nach Italien zu bringen. Dr. Renner erhielt eine offizielle Einladung der italienischen Regierung, jedoch ohne kalendarische Festsetzung der Zusammenkunft. Eine private Vereinbarung zwischen dem Kanzler und dem hiesigen italienischen Gesandten Marchese di Torrella bestimmte die Zeit zwischen dem 15. April und Pfingsten als Reisetermin. Da kam jedoch eine dringende Depesche Nittis an Torrella, er möge Renner bestimmen, gleich nach Ostern in Rom zu sein, damit die Verhandlungen noch vor denen in San Remo — lies: vor denen in Belgrad — stattfinden. Man hat von hier aus in Berlin angefragt und dort hat man die Romfahrt Renners mit großer Genugtuung begrüßt.

Der Kanzler ist in Rom mit ehrenden Aufmerksamkeiten überhäuft, vom König in längerer Audienz empfangen worden, vom Papste desgleichen, bei dem ihn ein vorausgegangener sehr lobender Bericht des Wiener Nuntius einführte. Auf äußere Erfolge kann also Dr. Renner bei seiner Heimreise zurückblicken; die Frage ist nur, was er an greifbaren, tatsächlichen Erfolgen mitbringt. Man nimmt hier an, daß ein handelspolitisches Abkommen, das sich an den früheren Handelsvertrag zwischen den gewesenen Monarchie und Italien anlehnt, getroffen worden sei. Auch in verkehrspolitischen Fragen sind gewiß Vereinbarungen zustande gekommen, namentlich auch solche über Triest, dessen Hafen Italien neue Nahrung zuzuführen bestrebt ist, damit er nicht völlig von Venedig verpestet werde. Der Kanzler wird über die Abmachungen dem Kabinettsrat, dem Ausschuß für Aeußeres und dem Hauptausschuß sofort nach seiner Rückkehr berichten.

Die Erfolge Renners in Rom sollen gewiß nicht verkleinert werden, allein die Frage ist nicht abzuweisen, wie es jetzt mit der von ihm verkündeten „Orientierung nach Westen" steht. Nach seinem Aufenthalte in Paris, wo Clemenceau, ebenso wie jetzt Nitti, gleichfalls von persönlicher Liebenswürdigkeit gegenüber Renner triefte, hat dieser als den Grundzug seiner Politik — er ist nämlich auch Minister des Aeußern — den „Blick nach Westen" verkündet. Wird dieser jetzt nach der Romfahrt von dem „Blick nach Süden" abgelöst werden? Wir glauben, daß kleine bettelarme Oesterreich soll überhaupt keine „hohe" Politik machen, sondern sich mit aller Welt, auf deren wohlwollende Unterstützung es doch angewiesen ist, möglichst gut zu stellen suchen. Nur nach einer Himmelsrichtung muß sein Blick unausgesetzt gerichtet sein: nach Norden. Im Anschluß an Deutschland liegt das einzige Heil für seine Zukunft, und das Erfreulichste an der Romfahrt Renners ist, daß sie mit Zustimmung Deutschlands unternommen wurde, also gewiß in der Linie seiner Interessen, also auch der unsrigen gelegen ist.

*

Angeklagte Generale

Man schreibt uns aus Wien:

Wie die „Sonn- und Montagszeitung" meldet, hat die Kommission zur Untersuchung militärischer Pflichtverletzungen den General der Infanterie Kasimir Frhr. v. Lütgendorff wegen mehrerer Justizmorde an serbischen und russischen Kriegsgefangenen unter Anklage gestellt und verhaftet. Gegen Bestellung seines ganzen Vermögens als Kaution wurde er auf freien Fuß gesetzt, doch soll seine Verurteilung gewiß sein, da er sich — wie der Präsident der Kommission Professor Löffler sich ausdrückte — von „sinnloser Mordlust" habe leiten lassen. — Auch der General Stefan Jsdbicic ist in Untersuchungshaft. Er hat einen russischen Kriegsgefangenen, der sich weigerte, an den Befestigungsarbeiten gegen seine Landsleute mitzuwirken, ohne Gerichtsverfahren hinrichten lassen.

Regierungswechsel und Neuwahlen in Tschechien

Am Schluß der letzten Sitzung der Nationalversammlung in Prag erklärte, wie das Wolff-Bureau meldet, der Ministerpräsident Tusar den Rücktritt der Regierung an und sagte u. a.: Wir haben uns Ihnen mit dem Programm vorgestellt, die Verfassung durchzuführen, die Wahlen auszuschreiben und die Weiterführung der Staatsgeschäfte einer Regierung anzuvertrauen, die einem vom Volke gewählten Parlament verantwortlich sein wird. Da die Nationalversammlung heute auseinander geht, verabschieden auch wir uns gleichzeitig von Ihnen. Am nächsten Sonntag werden die Wahlen vorgenommen werden. Die Nationale